

# BDH- Bildungs-Info 12/2001

Dezember 2001

Wilfried Malcher  
 Am Weidendamm 1 A  
 10117 Berlin  
 Telefon:  
 Telefax: 030/726250-49

<http://www.einzelhandel.de>  
 e-mail:  
[WMalcher.hde@einzelhandel.de](mailto:WMalcher.hde@einzelhandel.de)

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des BDH-Bildungs-Info fröhliche und besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch in ein hoffentlich erfolgreiches und gesundes Neues Jahr.



Der Inhalt:	Seite
1. AFBG-Novelle von Bundestag verabschiedet.....	2
2. Sprachen lernen fördern.....	3
3. Euro-Seminare erfolgreich.....	3
4. Spannender als Fernsehen.....	3
5. Forum Bildung – Das Ergebnis.....	3
6. Pisa-Studie: D im schwachen Mittelfeld (20. von 31).....	5
7. Ansturm auf Ganztagschulen.....	10
8. Studienkonten in NRW und Rheinland-Pfalz.....	10
9. Seminare zu Umweltschutz in der Bürowirtschaft .....	10
10. Weniger Stress erleben .....	11
11. Motivation im Verkauf zahlt sich aus. ....	11
12. Möllemann: Abitur nach 12 Jahren.....	11
13. Online PR: Aber richtig .....	12
14. BMBF – Noch nie so viele Haushaltsmittel .....	12
15. Merchandiser kompakt.....	13
16. EU-Bildungspolitik bis 2010 .....	14
17. Berufliche Schulen: Konzentration auf Kernaufgaben..	14
18. Die neue Rhetorik.....	15
19. Der Tipp für das Neue Jahr .....	16
20. Das Zitat.....	16
21. Termine .....	16
 Anlage: Fremdsprachenkonzept des BMBF .....	 17

Siehe auch [www.einzelhandel.de](http://www.einzelhandel.de),  
 Rubrik Bildung - Veröffentlichungen

## 1. AFBG-Novelle von Bundestag verabschiedet

Qualifizierungsoffensive und Mittelstandsförderung sind zentrale Ziele der Neufassung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes, die am 01.01.2002 in Kraft treten soll. Nach der Zustimmung durch den Bundestag steht noch die Beschlussfassung im Bundesrat an.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Wolf-Michael Catenhusen: "Diese Reform ist familienfreundlich und sozial. Sie ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Qualifizierung, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Mittelstandsförderung und zur Gründung neuer Unternehmen. Damit schaffen wir neue Arbeits- und Ausbildungsplätze - vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen. Hochmotivierte und fortbildungswillige Fachkräfte erhalten in diesem Lande endlich die Unterstützung, die sie brauchen und verdienen."

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Siegmund Moosdorf: "Die Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes ist ein Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands. Sie berücksichtigt den Umstand, dass wir mehr Fach- und Führungskräfte sowie Personen brauchen, die den Weg in die Selbständigkeit wagen. Diesen Schritt wollen wir mit der Reform erleichtern und unterstützen, damit die "Kultur der Selbständigkeit" in Deutschland weiter Einzug hält."

Die Reihe von Verbesserungen:

- der Kreis der Geförderten und der Anwendungsbereich der Förderung wird ausgeweitet durch die Einbeziehung weiterer Fortbildungen vor allem in den Gesundheits- und Pflegeberufen, an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen, von Zweitfortbildungen und mediengestützten Fortbildungen, von Fortbildungsprüfungen, die öffentlich-rechtliche Träger annehmen
- die Leistungen für die Teilnehmer an Aufstiegsfortbildungen werden verbessert durch Einbeziehung der Kosten des Prüfungsstücks,
- die Reduzierung der Darlehensbelastung durch einen Zuschuss i.H.v. 35%

zu den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren und höhere Unterhaltsbeiträge bei Vollzeitmaßnahmen - z. T. bereits durch die BAföG-Reform seit dem 01.04.01,

- die Familienkomponente wird gestärkt durch höhere Unterhaltsbeiträge für Familien mit Kindern, höhere Kinderbetreuungszuschüsse für Alleinerziehende sowie erleichterte Stundungs- und Erlassmöglichkeiten für geringverdienende Darlehensnehmer mit Kindern,
- eine größere Teilhabe von ausländischen Fachkräften wird erreicht durch Verkürzung der notwendigen Erwerbstätigkeit von 5 auf 3 Jahre
- das Verwaltungsverfahren wird erheblich vereinfacht durch längere Bewilligungszeiträume, Reduzierung des Beantragungs- und Bewilligungsaufwands, einstufiges Verfahren der Darlehensgewährung und die Anwendung der allgemeinen Verfahrensgrundsätze des Sozialgesetzbuchs.

Auch wird z. B. der mögliche Darlehensteilerlass von 50% auf 75% der Darlehenssumme erhöht. Die Gründungs- und Einstellungsfristen für den Darlehensteilerlass werden auf nunmehr 3 Jahr bzw. 2 Jahre verlängert. Auch geringfügige Beschäftigung wird nun beim Darlehensteilerlass anerkannt sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch vorgezogene Existenzgründungen berücksichtigt. Durch einen deutlich höheren Vermögensfreibetrag von jetzt 70.000 DM wird das zur Existenzgründung angesparte Vermögen anrechnungsfrei gestellt, d. h. für Gründungsinvestitionen gesont. Die Kosten des Meisterstücks oder vergleichbarer Prüfungsarbeiten werden künftig als Darlehen bis maximal 3.000 DM in die Förderung einbezogen.

Bereits im kommenden Jahr werden Bund und Länder rund 90 Millionen Mark (46 Millionen Euro) zusätzlich für das sog. Meister-BAföG bereitstellen und damit den Mitteleinsatz in etwa verdoppeln. Die Finanzierung der Novelle mit einem Bundesanteil von 330 Millionen Mark bis 2005 wird vom BMBF mit 2/3 (66%) und vom BMWi mit 1/3 (34%) getragen. Damit wird die Förderung des Fachkräftenachwuchses und

von angehenden Existenzgründern auf eine neue Basis gestellt.

## 2. Sprachen lernen fördern

Das BMBF stellte zur Konferenz Online Educa Mitte Oktober in Berlin 10 Thesen für ein Handlungskonzept zum Sprachenlernen vor, das vom nationalen Beirat des Europäischen Jahres der Sprachen (EJS) unter Moderation vom BMBF erarbeitet wurde. Der Beirat besteht aus Mitgliedern aus den Bereichen Weiterbildung, beruflicher Bildung, den Sozialpartnern und den Bundesländern. Die Thesen sollen die Nachhaltigkeit des Europäischen Jahrs der Sprachen in Deutschland fördern und zu konkreten Maßnahmen des Sprachenlernens über das Jahr 2001 hinaus auffordern. Damit leistet das BMBF einen wichtigen Beitrag zu einer sprachenspolitischen Diskussion für die kommenden Jahre.

Die Thesen haben wir dem Info-Dienst beigelegt.

## 3. Euro-Seminare erfolgreich

Der letzte Schritt der Euro-Einführung steht unmittelbar bevor. Die Einzelhandelsverbände und ihre Bildungseinrichtungen führen erfolgreich Euro-Seminare in ganz Deutschland durch. So hat z. B. der LBE gemeinsam mit der Akademie Handel über 40 kostenlose Abendseminare zum Bargeld-Handling organisiert. Die Veranstaltungen stießen bei den LBE-Mitgliedern in ganz Bayern auf eine starke Resonanz, zum Teil kamen über 200 Teilnehmer. Im Mittelpunkt standen das Euro-Bargeld, die Sicherheitsmerkmale der neuen Währung, Probleme rund um das Geldwechseln und Kassieren zu Jahresbeginn sowie Antworten auf Fragen verunsicherter Kunden.

## 4. Spannender als Fernsehen

Auch Kaiser's Tengelmann bildet seine Mitarbeiter jetzt interaktiv in den Märkten vor Ort weiter. E-Learning ist im Handel auf dem Vormarsch. Interaktive Lernprogramme sollen in den Märkten der Viersener Kaiser's Tengelmann AG den Mitarbeitern fachspezifisches Wissen nahe bringen.

In einer regelrechten Offensive für E-Learning führt Kaiser's Tengelmann jetzt Weiterbildung

für alle Mitarbeiter durch. Auf CD-ROMs finden sie z. B. im Modul „Unser Marktauftritt“ aktuelle Videosequenzen und Texte, die sie über die neue Ausrichtung ihres Unternehmens informieren.

"Mit normalen Seminarangeboten sind unsere Mitarbeiter häufig auf Grund der Mobilität schlecht erreichbar", so Michael Brandt, Projektleiter bei Kaiser's Tengelmann gegenüber der LZ. Die Mitarbeiter dürfen sich nach Planung und Absprache mit der Marktleitung auch während ihrer Arbeitszeit mit den Lernprogrammen weiterbilden.

Im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen Kaiser's Tengelmann und Ikea werden von der Firma CBT+L GmbH sechs Module für die Qualifizierung der Mitarbeiter im Einzelhandel konzipiert, z. B. auch in einem Modul "Hygienemanagement", das die Mitarbeiter befähigen soll, ihre Arbeitsabläufe entsprechend der vorgeschriebenen Hygienestandards (HACCP) zu gestalten.

"Obst & Gemüse" ist als nächstes Lernprogramm vorgesehen. Hier kann man/frau sich das Warenwissen von rund 250 verschiedenen Obst- und Gemüsesorten aneignen. Das Modul "Verhalten an der Kasse" wird folgen.

Für jedes Ausbildungslehrjahr wird ein eigenes Lernprogramm entwickelt. Diese dienen sowohl der Vertiefung der Inhalte als auch der Wiederholung des Berufsschulstoffes. Die Themen wurden bislang Mitarbeitern in klassischen Seminaren und Lehrhandbüchern angeboten. E-Learning soll in den Märkten das klassische Seminarangebot aber nicht ersetzen, sondern nur sinnvoll ergänzen. Durch die Themenerweiterung von Jahr zu Jahr entsteht eine „Bibliothek von Lernprogrammen in allen Filialen“.

## 5. Forum Bildung – Das Ergebnis

Seit 1999 hat das Forum Bildung beraten; es gab Veranstaltungen, Online-Diskussionen, Expertenforen usw. Bund und Länder waren die Hauptakteure, Wissenschaftler und Sozialpartner waren Beteiligte. Mehrere Veröffentlichungen sind bereits erschienen – Nun liegen auch die abschließenden Empfehlungen des

Forum Bildung vor (siehe [www.forum-bildung.de](http://www.forum-bildung.de)).

Und das in der Bildungspolitik Erstaunliche scheint zu sein: Es gibt wieder einen Konsens in wesentlichen Grundfragen: Frühe Förderung, individuelle Förderung, die Verwirklichung lebenslangen Lernens für alle, Erziehung zu Verantwortung und Reform der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden entscheiden über die Qualität und Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungswesens, unterstreichen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmair als Vorsitzende des Forum Bildung bei der Vorstellung der abschließenden Empfehlungen.

"Wie können wir unseren Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen möglichst gute Chancen bieten, ihre Fähigkeiten und Interessen zu verwirklichen, war eine entscheidende Frage des Forum Bildung", erklärte Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn. "Wie können wir Begabungen rechtzeitig erkennen und fördern, wie Benachteiligungen möglichst früh vermeiden und abbauen".

Antworten des Forum Bildung hierzu lauten laufen u. a. hinaus auf:

- die deutlich bessere Verwirklichung des Bildungsauftrags des Kindergartens,
- die erheblich bessere Förderung unserer Kinder in der Grundschule,
- den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen,
- eine Qualifizierungsoffensive für Erwachsene ohne abgeschlossene Erstausbildung.

Zehetmair unterstrich: "Es ist dringend erforderlich, den Grundsatz des lebenslangen Lernens in allen Bereichen von Bildung zu verwirklichen". Angesichts des immer schnelleren Wachstums von Wissen werde die Fähigkeit, Wissen aufzufinden, auszuwählen, zu bewerten und anzuwenden, immer mehr zukunftsentscheidend, für persönliche Chancen genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe und für den Erfolg im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Das Forum Bildung empfiehlt hierzu insbesondere:

- frühe Förderung von Motivation und der Fähigkeit, Lernen selbst zu steuern, u. a. durch eine neue Lern- und Lehrkultur,
- Einbeziehung des vielfältigen Lernens im Lebens- und Arbeitsalltag, u. a. durch Verfahren zur Anerkennung von Kompetenzen, die bei der Arbeit erworben werden,
- Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventen u. a. durch Verstärkung der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen und durch bessere Beratung und Begleitung der Studierenden,
- verstärktes Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung,
- langfristige Finanzierungskonzepte für lebenslanges Lernen u. a. durch eine bessere Balance zwischen individueller Verantwortung, Engagement des Arbeitgebers und staatlicher Förderung und durch Lernzeitkonten.

Die beiden Vorsitzenden betonten, dass im Forum Bildung als dem Bündnis für Bildung eine neue Kultur der Zusammenarbeit entstanden sei über die Zuständigkeitsgrenzen von Bund und Ländern und über die Zugehörigkeit zu Parteien und Verbänden hinweg. Im Forum Bildung haben Ministerinnen und Minister der Länder und des Bundes mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner, der Kirchen, der Wissenschaft, der Studierenden und der Auszubildenden über zwei Jahre an diesen Empfehlungen gearbeitet.

Auf einem Abschlusskongress des Forum Bildung am 10. Januar 2002 in Berlin werden Bund, Länder, Kommunen und Sozialpartner ankündigen, welche Konsequenzen sie aus den Empfehlungen des Forum Bildung ziehen werden. Bei diesem Kongress wird der Bundespräsident eine Grundsatzrede zur Bildungspolitik halten – und dabei hoffentlich auch höhere öffentliche Bildungsinvestitionen anmahnen und so gegen die abwegigen Vorhaben der Länderfinanzminister stellen.

## 6. Pisa-Studie: D im schwachen Mittelfeld (Platz 20 unter 31)

Schulisches Lernen muss stärker anwendungsorientiert sein, ist eine erste Konse-

quenz, die die KMK-Präsidentin Annette Schavan (CDU) zog. Und: Die praktische Umsetzung der Erkenntnisse aus der PISA-Studie habe höchste Priorität; die empirisch erhobenen Fakten müssen jetzt auch ernst genommen werden – endlich einmal!

Die Kultusministerkonferenz teilte zum PISA-Schock mit:

„Eine Diskussion um die Unterrichtsinhalte schulischer Bildung wird die unmittelbare Konsequenz der Ergebnisse der PISA-Studie der OECD sein, die am 4. Dezember in Berlin vorgestellt wurde. Erstmals liegen nun empirische Erhebungen auf einer breiten Basis vor, die eine sachliche Diskussion um Unterrichtsinhalte ermöglichen. Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen, die aus PISA gezogen werden muss, ist die klare Ausrichtung des Unterrichts weg von theoretischer, lebensferner Bildung hin zu einer handlungs- und anwendungsorientierten Kompetenz der Schülerinnen und Schüler in Deutschland...

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern in Deutschland ist seit einiger Zeit Gegenstand der öffentlichen Debatte. Mit dem Konstanzer Beschluss von 1997 zur Qualitätssicherung und der erstmaligen umfassenden Beteiligung an einer internationalen Vergleichsuntersuchung hat die Kultusministerkonferenz diese Frage aktiv aufgegriffen mit dem erklärten Ziel, gesicherte Befunde über Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen in den zentralen Kompetenzbereichen zu erhalten. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan erklärte: "Der Konstanzer Beschluss war eine der bedeutsamsten Entscheidungen der Kultusministerkonferenz überhaupt." PISA ist dabei Teil einer längerfristig und breit angelegten Strategie der Qualitätssicherung. "Die Fakten und Erkenntnisse, die in der PISA-Studie dokumentiert sind, müssen jetzt ernst genommen und zügig umgesetzt werden", sagte Schavan bei der zentralen Veranstaltung der Präsentation der PISA-Ergebnisse für Deutschland in Berlin. Weitere Teilnehmer waren Senator Willi Lemke, Vizepräsident der Kultusministerkonferenz, Hermann Lange, Vorsitzender der Amtschefscommission "Qualitätssicherung in

Schulen", Erich Thies, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, und Jürgen Baumert, Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und federführend bei der Durchführung der nationalen Untersuchung.“

#### **Pisa 2001: Testleistungen der Schüler und Schülerinnen in den Teilnehmerstaaten**

Land	Gesamt- skala Lesen	Mathe- matik	Naturwis- senschaften
Finnland	546	536	538
Kanada	534	533	529
Neuseeland	529	537	528
Australien	528	533	528
Irland	527	503	513
Korea	525	547	552
Vereinigtes Königreich	523	529	532
Japan	522	557	550
Schweden	516	510	512
Österreich	507	515	519
Belgien	507	520	496
Island	507	514	496
Norwegen	505	499	500
Frankreich	505	517	500
Vereinigte Staaten	504	493	499
OECD- Durchschnitt	500	500	500
Dänemark	497	514	481
Schweiz	494	529	496
Spanien	493	476	491
Tschechische Republik	492	498	511
Italien	487	457	476
Deutschland	484	490	487
Liechtenstein	483	514	461
Ungarn	480	488	496
Polen	479	470	483
Griechenland	474	447	460
Portugal	470	454	443
Russische Föderation	462	478	460
Lettland	458	463	459
Luxemburg	441	446	422
Mexiko	422	387	478
Brasilien	396	334	375

Quelle: Pisa-Studie 2001, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Angegeben sind jeweils die auf den OECD-Durchschnitt von 500 bezogenen Mittelwerte

"Mit PISA verfügen wir nun über empirische Befunde, die eine Versachlichung der Diskussion geradezu verlangen", so die Präsidentin der Kultusministerkonferenz. "Die Frage nach dem Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler geht alle Länder gleichermaßen an. Daher wird die Klärung von Zusammenhängen und die Möglichkeiten der Reaktion auf manifeste Probleme in gemeinsamer Anstrengung geschehen. Die inhaltliche Frage ist viel zu lange vernachlässigt worden. Wir müssen die Ergebnisse von PISA nutzen, die bildungspolitische Diskussion endlich genau darauf zu lenken, wo die eigentlichen Probleme liegen, vor allem auf den Unterricht. Eine stärker ergebnisorientierte Lern- und Unterrichtskultur muss Ziel aller Maßnahmen sein; lediglich symbolische Reaktionen helfen uns nicht weiter. Seit TIMSS hat sich in den Ländern in dieser Hinsicht eine ganze Menge bewegt, aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können."

#### Praktische Umsetzung einer ergebnisorientierten Lernkultur

An der bisher umfassendsten und differenziertesten Vergleichsuntersuchung nahmen im Frühsommer 2000 weltweit rund 180.000 15-jährige Schülerinnen und Schüler aus 32 Staaten teil, darunter mehr als 5000 Schülerinnen und Schüler aus 219 Schulen aller Schularten in der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen einer nationalen Ergänzungsstudie ("PISA-E") wurden in der Bundesrepublik Deutschland weitere rund 50.000 Schülerinnen und Schüler aus 1.246 Schulen in die Untersuchung einbezogen. Diese Ergänzungsstudie, die im nächsten Jahr vorgestellt wird, lässt statistisch abgesicherte Aussagen über die Ergebnisse in den einzelnen Ländern und Schulformen zu. Bei PISA 2000 wurden zentrale Kompetenzbereiche untersucht: Den Schwerpunkt bildete das Leseverständnis, NebenkompONENTEN waren mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung. Gleichzeitig wurden die biografischen Hintergründe der Schülerinnen und Schüler sowie die Familien- und Lebensverhältnisse, unter denen die Jugendlichen aufwachsen, einbezogen.

Professor Dr. Jürgen Baumert, Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in

Berlin, stellte die zentralen übergreifenden Befunde aus deutscher Sicht vor:

- In allen untersuchten Kompetenzbereichen (Lesekompetenz, mathematische Kompetenz, naturwissenschaftliche Kompetenz) liegen die mittleren Ergebnisse für die 15-Jährigen in Deutschland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.
- Die Streuung der Leistungen ist in Deutschland breiter als in den meisten OECD-Staaten, im Bereich Lesekompetenz sogar am größten überhaupt.
- Der Anteil derjenigen, die nur das unterste, elementare Kompetenzniveau erreichen oder sogar noch darunter bleiben, ist in Deutschland größer als in vielen anderen OECD-Staaten. Dies betrifft insbesondere die Lesekompetenz. Deutschland liegt hier auf dem fünftletzten Platz.
- Im oberen Leistungsbereich entsprechen die durchschnittlichen Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler weitgehend denen in anderen Staaten. Allerdings sind keine herausragenden Erfolge in der Förderung von Spitzenleistungen nachweisbar.
- Der internationale Vergleich zeigt, dass die Sicherung eines insgesamt hohen Leistungsniveaus und die Verringerung der Leistungsabstände unter angemessener Förderung aller Leistungsgruppen miteinander vereinbare Ziele sind.
- Schwächen zeigen sich in allen untersuchten Bereichen insbesondere bei Aufgaben, die ein qualitatives Verständnis der Sachverhalte verlangen und nicht im Rückgriff auf reproduzierbares Routinewissen gelöst werden können. Die Anwendungsorientierung kommt hier insgesamt zu kurz.
- In Deutschland ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenz-Erwerb in allen drei untersuchten Bereichen statistisch besonders eng. Im Bereich der Lesekompetenz ist er im Vergleich zu allen anderen OECD-Staaten am engsten.

- Es gibt hohe Überlappungen in der Leistungsverteilung zwischen den einzelnen Schulformen.

- Die Verteilung der 15-Jährigen in Deutschland auf unterschiedliche Jahrgangsstufen ist ungewöhnlich breit. Dabei ist im Verhältnis zu den anderen Staaten die Zahl Schülerinnen und Schüler, die sich erst auf der neunten Jahrgangsstufe befinden, sehr hoch. Ursachen hierfür sind auch die intensiv genutzte Praxis der Zurückstellung vom Schulbesuch der Grundschule und der Klassenwiederholung, von der die meisten anderen OECD-Staaten nur zurückhaltenden Gebrauch machen.

- Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund - insbesondere solchen Familien, die als tägliche Umgangssprache eine andere Sprache als Deutsch verwenden - bleiben im Durchschnitt deutlich unter den Kompetenzniveaus, die 15-Jährige erreichen, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden. Das gilt nicht nur für die Lesekompetenz, sondern - teilweise verstärkt - auch für die anderen Lernbereiche. Die Förderung von Schülerinnen und Schülern aus Familien vergleichbarer Zuwanderungsgruppen gelingt in anderen Ländern teilweise besser als in Deutschland.

- Die niedrigeren Leistungsergebnisse von Jugendlichen aus Migrationsfamilien drücken sich auch in einer unterproportionalen Beteiligung an Bildungsgängen aus, die zu höheren Schulabschlüssen führen. Die entscheidende Hürde beim Übergang in diese Bildungsgänge ist dabei das Fehlen einer ausreichenden Lesekompetenz.

- Jungen erzielen im Lesen schwächere Leistungen als Mädchen. Diese Differenz ist größer als der Leistungsvorsprung der Jungen in der Mathematik. Dieser Befund zeigt sich in fast allen an der Untersuchung beteiligten Ländern, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Die relative Schwäche der Jungen im Lesen scheint vor allem darauf zurückzuführen zu sein, dass sie weniger Interesse und Zeit für das Lesen aufbringen als Mädchen.

- Computer werden in deutschen Schulen deutlich seltener genutzt als in allen anderen Industrienationen. Die deutschen Jugendlichen haben zwar ein großes Interesse an Compu-

tern, aber vergleichsweise wenig Erfahrungen. Ihre Erfahrungen konzentrieren sich noch stärker als in anderen Ländern auf Computerspiele. Die Schulen - vor allem die Gymnasien - nutzen ihre Chance zu wenig, geschlechtsspezifische Interessen- und Erfahrungsunterschiede auszugleichen und Jugendliche auch an moderne Arbeits- und Lernsoftware heranzuführen.

"Diese Befunde von PISA geben uns eindeutige Hinweise, worauf wir unsere gemeinsamen Anstrengungen jetzt richten müssen," erklärte der Vizepräsident der Kultusministerkonferenz, Willi Lemke. "Vorrangig müssen wir die bisherigen Fördermaßnahmen und Lernstrategien für Schülerinnen und Schüler aus bildungsferneren Elternhäusern überprüfen und verbessern. Dies betrifft insbesondere die Lesekompetenz junger Menschen, die - wie PISA unterstreicht - der Schlüssel für erfolgreiche Bildungsprozesse in allen Lernbereichen innerhalb und außerhalb der Schulen ist. Erforderlich ist dabei eine generelle Stärkung der professionellen Verantwortung der Schule von der Grundschule an und ein intensiveres Zusammenwirken von Schule und Elternhaus. Die Lernzeiten in der Schule müssen intensiver genutzt und um ergänzende Angebote erweitert werden. Darüber hinaus müssen auch besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler verstärkt gefördert werden."

Die Komplexität und das Gewicht der Befunde schließen allerdings aus, bereits jetzt ein abgeschlossenes Handlungsprogramm vorzulegen.

Schon jetzt sind folgende zentrale Handlungsfelder zu nennen:

- Förderung lernschwacher Schülerinnen und Schüler: d.h. verstärkte Anstrengung zur Förderung von Schülerinnen und Schülern im unteren Leistungsbereich, insbesondere auch durch Entwicklung neuer Konzepte für das Lernen in Hauptschulen und Förderschulen;

- Qualitätssicherung: d.h. die Verbesserung der unterrichtsbezogenen Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung auf allen Ebenen des Schulsystems als fortlaufender Prozess; die Formulierung anspruchsvoller, aber realisti-

scher und verbindlicher Lernziele vor allem in den zentralen Kompetenzbereichen und die Sicherung von Mindeststandards;

- Erkennen "schwacher Leser": d.h. gezielte Qualifizierung der Lehrkräfte, insbesondere durch Entwicklung ihrer diagnostischen Kompetenz zum rechtzeitigen Erkennen "schwacher Leser" als Basis für gezielte Förderprogramme, die kontinuierlichen Diagnose der Entwicklung von Lesekompetenz als Voraussetzung für erfolgreiches schulisches Lernen in allen Schulfächern sowie zusätzliche Angebote bei Entwicklungsdefiziten;

- Schulzeitregelungen: d.h. die Überprüfung der Schullaufbahnregelungen im Hinblick auf die Fördereffekte und die optimale Nutzung von Lernzeit, insbesondere hinsichtlich Einschulungszeitpunkt, Klassenwiederholung, Übergangsentscheidung, Förderung besonders leistungsstarker Schülerinnen und Schüler;

- Nutzung der Lernzeiten: d.h. intensivere Nutzung des Zeitfensters und ergänzende Lernangebote, insbesondere im vorschulischen Bereich und in der Grundschule, u.a. durch Entwicklung und Verbesserung von Programmen zur Förderung des sprachlichen Verständnisses und der Kommunikationsfähigkeit bereits in der vorschulischen Erziehung und darüber hinaus;

- Personal- und Organisationsentwicklung: d.h. die Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit im Rahmen eines umfassend angelegten Programms der Personal- und Organisationsentwicklung, das eine praxisnahe Erstausbildung ebenso einschließt wie die Verpflichtung zur Weiterbildung und ihre Durchsetzung im Rahmen der Personal- und Führungsverantwortung auf allen Ebenen des Systems. Dabei müssen im Bereich der Weiterbildung gezielte Angebote zur Verbesserung des Unterrichts entwickelt werden.

Das Erreichen dieser Ziele hänge, betonte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, in erster Linie davon ab, inwieweit es gelinge, eine "neue Lernkultur" zu schaffen. Die Wertschätzung des Lernens und die Verantwortlichkeit für Bildung seien neu zu bestimmen. Dies erfordere ein umfassendes und gemeinschaftliches Handeln vieler Akteure auf den un-

terschiedlichen Ebenen des Bildungssystems. Es bedürfe sowohl einer Intensivierung der Lehr-Lern-Forschung und der fachdidaktischen Forschung in den Hochschulen als Grundlage der Qualifizierung von Lehrkräften als auch einer Qualifizierung des Handelns der einzelnen Schulen wie der Schulverwaltungen und der Schulaufsicht und die Nutzung und Förderung der Potenziale der Elternhäuser. Eine derart umfassend anzulegende Strategie lasse sich nur gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern entwickeln. Sie seien in den notwendigen Entwicklungsprozess intensiv einzubeziehen und in ihrer Expertise anzusprechen.

"Um die dafür notwendige breite Rezeption der Untersuchungsergebnisse zu fördern und Möglichkeiten einer intensiven Auseinandersetzung mit ihnen zu schaffen, hat die Kultusministerkonferenz frühzeitig", so der Vorsitzende der Amtschefskommission "Qualitätssicherung in Schulen", Staatsrat Dr. h.c. Hermann Lange, "eine umfassende Strategie für die Auswertung und Diskussion der Ergebnisse der PISA-Untersuchungen vereinbart. So sind u.a. eine Reihe von Diskussionsforen vorgesehen, die eine sorgfältige Analyse der Befunde und eine breite bildungspolitische Diskussion unter möglichst vielen Beteiligten ermöglichen sollen."

Eine Zusammenfassung der zentralen Befunde gibt es auf der Internetseite des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung unter [www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/](http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/). Eine ausführliche Darstellung der Testkonzeption von PISA und detaillierte Auswertung der Ergebnisse in den einzelnen Kompetenzbereichen erscheint in den nächsten Tagen im Buchhandel: Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, 548 S., Leverkusen: Verlag Leske + Budrich 2001, ISBN 3-8100-3344-8.

Weitere Reaktionen:

„Eigentlich müsste die Pisa-Studie als Schockerlebnis ausreichen, damit vor allem die für die Schulen zuständigen Bildungs- und Finanzpolitiker der Länder begreifen, dass sie keine Sandkastenspiele betreiben. Die Qualität der Ausbildung ist wie die Höhe der Lohnkosten oder Steuern tatsächlich ein wichtiger Faktor für die Konkurrenzfähigkeit internationaler

Standorte. Andere Regierungen haben dies lämngst begriffen. Hier zu Lande ergötzt man sich dagegen noch immer daran, eine ideologielastige und von Kleinstaaterei geprägte Bildungspolitik zu betreiben.“

Andreas Rinke, im Handelsblatt-Kommentar vom 03.12.2001

Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der weltweit größten Schulleistungsuntersuchung hat Politiker und Experten aufgerüttelt. Der Ruf nach einer umfassenden Reform des Bildungssystems ist unüberhörbar.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) verlangt zügige Reformen, will aber wohl an der vorrangigen Zuständigkeit der Länder nicht rühren. Schnelle Hilfen seien ihr wichtiger als jahrelanges Kompetenzgerangel. Dabei gibt es doch in den Ländern Überlegungen, ihre Bildungskompetenz zu Lasten des Bundes auszuweiten – Solche Überlegungen sollten jetzt schnellstens ad acta gelegt werden.

Die Arbeitgeberverbände halten eine völlige Neukonzeption der Lehrpläne und Lernziele für nötig. Schüler müssten individuell gefördert werden und regelmäßig Leistungstests in den Kernfächern ablegen. Für Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt hat „das deutsche Bildungssystem versagt“.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund bewertet die Studie als deutliches Signal an Bund und Länder, endlich eine radikale Reform einzuleiten. Für das Schulwesen müsse jetzt mehr Geld verfügbar gemacht werden. Wenn eine Umschichtung der Haushaltsmittel nicht möglich sei, müsse man über eine zeitlich begrenzte Bildungsabgabe nachdenken.

Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange warnte davor, bei der Verarbeitung des "Pisa-Schocks" nur an den Symptomen zu kurieren. Wer Lernkultur, Unterrichtspraxis und Lehrarbeit verändern wolle, müsse auch über negative Effekte der Schulstruktur reden. "Wenn unser Schulwesen vor allem an der besonderen Förderung der Schwachen scheitert und in der Spitze nur Mittelmaß erreicht, muss gefragt werden, ob wir uns ein solches Schulsystem noch länger leisten können", sagte Stange. Dies kann aber kaum als Hinweis auf Alternativen gewertet werden.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich, trat für mehr Ganztagschulen ein - zumindest an sozialen Brennpunkten (Warum nicht überall?). Für die SPD-Vize-Vorsitzende Renate Schmidt seien Ganztagschulen eine Notwendigkeit für alle Schüler und nicht nur für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien. Sie verwies auf das gute Abschneiden von Ländern mit Ganztagschulen.

Nach Ansicht der Grünen-Bildungsexperten Niombo Lomba und Reinhard Loske liegt das Kernproblem im überkommenen Unterrichtsverständnis. Weder würden Leistungsstarke noch Leistungsschwache gefördert; auch würden Leistungen der Lehrer nicht besonders honoriert.

Und aus Sicht der BDH bleibt festzuhalten, dass die vielfältigen Alarmsignale für den tatsächlichen Zustand des allgemeinbildenden Schulsystems (zum Beispiel frühere internationale Leistungsvergleiche und die Hinweise von Unternehmen und Hochschulen über elementare Leistungsdefizite von Ausbildungs- und Studienbewerbern) nun hoffentlich ernsthaft zur Kenntnis genommen werden, um daraus rasche Konsequenzen für die Verbesserung der Schule sowie der Entwicklungsbedingungen von Kindern gezogen werden. Förderung der Kommunikationsfähigkeit in der frühkindlichen Erziehung, endlich mehr Ganztagsangebote im Primarbereich und der Sekundarstufe I und II, mehr Grundlagenwissen und –können statt Spezialwissen durch eine Entrümpelung des Fächerkanons und eine Neuorientierung des Unterrichts, kleinere Klassen, mehr Lehrer, höhere öffentliche Bildungsinvestitionen, früherer Fremdsprachenunterricht, ökonomische Grundbildung, Stärkung des anwendungsbezogenen Lernens sind nur einige Beispiele für dringende Reformen im Schulwesen.

## 7. Ansturm auf Ganztagschulen

Immerhin 167 Schulen in Rheinland-Pfalz wollen Ganztagschulen werden, aber nur 75 Anträge können den Zuschlag erhalten. Landesbildungsministerin Doris Ahnen (SPD) sieht nicht mehr nur als Ziel von Ganztagschulen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Vielmehr gehe es auch um die

damit verbundenen bildungspolitischen Chancen: Neue pädagogische Konzepte seien entwickelt worden, ohne dass die Ganztagschule eine Konkurrenz für die Musik-, Sport- oder Jugendvereine werde.

Nach Schultypen dominieren Bewerbungen aus Grund- und Hauptschulen, während nur ein einziges Gymnasium sich beworben habe. Als Grund für dieses geringes Interesse der Gymnasien verweist Ahnen auf den Widerstand des Philologenverbandes. Immerhin 120 Mio. DM will Rheinland-Pfalz jährlich für die Förderung der Ganztagschule ausgeben: 2005 soll diese Zielgröße erreicht sein.

### **8. Studienkonten in NRW und Rheinland-Pfalz**

Langzeitstudenten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz droht ab 2004 eine Studiengebühr von rund 350 Euro (etwa 700 Mark) pro Semester. Dies erklärten die Düsseldorfer Bildungsministerin Gabriele Behler und ihr Mainzer Kollege Jürgen Zöllner (beide SPD). Beide Länder wollen ab dem Sommersemester 2004 Studienkonten einführen, die ein kostenloses Erststudium garantieren. Wer das Guthaben auf seinem Konto aber verbraucht und die Regelstudienzeit um das Doppelte überschreitet, muss zahlen.

Die Einführung von Studienkonten ist laut Zöllner „eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Hochschulpolitik“. Anders als reine Strafgebühren, die nach Überschreitung einer bestimmten Semestergrenze fällig würden, könne mit den Studienkonten auf die individuelle Situation von Studierenden reagiert werden. Dies betreffe beispielsweise die Berufstätigkeit oder die Geburt und Erziehung von Kindern.

In diesem Modell wird jedem Studierenden bei Studienbeginn ein Stundenkonto eingeräumt. Berechnet wird es nach dem Umfang der in dem jeweiligen Fach bis zum Examen regulär benötigten Unterrichtsstunden zuzüglich einem Aufschlag von 20 Prozent. Das Konto soll von den Hochschulen verwaltet werden. Es könne entweder eine feste Anzahl von Stunden pro Semester oder eine individuell nach den besuchten Lehrveranstaltungen berechnete Zahl von Stunden von dem Konto abgebucht werden. Macht der Studierende sein Examen, be-

vor er sein Konto aufgebraucht hat, kann er das restliche Stundenguthaben nutzen, um während seiner Berufstätigkeit an der Universität kostenlos Fortbildungsveranstaltungen zu besuchen.

Dies ist zweifellos ein interessanter Ansatz, der die Debatte um Bildungs- und Hochschulfinanzierung bereichern wird – trotz der bereits u. a. von den Grünen geäußerten Kritik.

### **9. Seminare zu Umweltschutz in der Bürowirtschaft**

Das Projekt "Nachhaltigkeit im Einzelhandel" wurde vor knapp einem Jahr abgeschlossen. In diesem Projekt wurden die Branchen Lebensmittel, Bürobedarf sowie Bau- und Heimwerkerbedarf näher untersucht. Im Vordergrund standen dabei umweltschonende Maßnahmen des Handels, die im laufenden Geschäft ohne wirtschaftliche Einbußen umgesetzt werden können. Ein Ergebnis des Projekts sind Schulungsmaterialien für Mitarbeiter im Handel (online und offline), die mit Förderung des Umweltbundesamtes jetzt erweitert und aktualisiert werden. In zwei kostenlosen Seminaren werden diese Unterlagen speziell für den Bereich Bürowirtschaft getestet und vorgestellt.

Am 21. Februar in Köln und am 27. Februar 2002 in München besteht die Gelegenheit, ein Konzept kennenzulernen und selbst aktiv am PC auszuprobieren, das sehr gut in die weitere Qualifizierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Handel eingestetzt werden kann.

Anmeldungen bei:

Zentralstelle für Berufsbildung im Einzelhandel e.V. (zbb), Mehringdamm 48, 10961 Berlin

Fon: 030 / 78 09 77 3

Fax: 030 / 78 09 77 50

Mail: [info@zbb.de](mailto:info@zbb.de)

Web: [www.zbb.de](http://www.zbb.de).

### **10. Weniger Stress erleben**

Zu den zentralen Selbstmanagementfähigkeiten zählt der verträgliche Umgang mit Stress. Wie dies aber in der täglichen, zu oft von Stress geprägten Arbeitswelt umgesetzt werden kann, ist vielen Stressgeplagten vielleicht

nicht bekannt. Für diese, aber auch für jene, die ihr Stressbewältigungs-Know-How auffrischen wollen, sei ein neues Buch empfohlen, das den wegweisenden Titel „Weniger Stress erleben“ trägt.

In diesem hochinteressanten und hilfreichen Buch werden zunächst Techniken vorgestellt, mit denen diese Selbstmanagementfähigkeiten systematisch trainiert und verbessert werden können.

Daher werden in einem zweiten Teil praxisrelevante Erklärungsmodelle für das Stressgeschehen erläutert und Übungsmöglichkeiten dargestellt, um in Stresssituationen die körperliche und mentale Anspannung schnell reduzieren zu können (u.a. Atmung, muskuläre An- und Entspannung, Bedeutung von Gedanken für die Anspannung, ihr kombinierter Einsatz im Stress).

Der dritte Teil schließlich befasst sich mit Möglichkeiten, um längerfristig mit Stressbelastungen umgehen zu können, sie auszugleichen oder ganz zu vermeiden; nicht verwunderlich ist es, wenn hierbei Themen wie Ausdauertraining, Bewegung und Verhaltenstraining im Vordergrund stehen.

Fazit der Redaktion: Kompetent, verständlich, für die tägliche Praxis bestens geeignet!

*Eberhardt Hofmann: Weniger Stress erleben – Wirksames Selbstmanagement-Training für Führungskräfte, 260 Seiten, ISBN 3-472-04672-4, Luchterhand Verlag, Neuwied 2001.*

## 11. Motivation im Verkauf zahlt sich aus

Was unterscheidet durchschnittliche von außergewöhnlichen Verkäufern? Die Motivation. Spitzenverkäufer verkaufen viel besser, weil sie beide Motivationsbereiche beherrschen – die Selbstmotivation und die Motivation ihrer Kunden. Denn sie besitzen ein nahezu perfektes Motivationssystem, das in etwa so aussehen könnte:

- Sie beginnen jeden Tag mit einem Powerstart,
- Sie erreichen auch in kritischen Situationen mit Begeisterung Top-Abschlüsse,
- Sie holen nicht nur Bestellungen ab, sondern motivieren Kunden zu Spitzeninvestitionen,

- Sie wecken in Kunden Träume und Sehnsüchte, statt nur platte Produktinformationen abzuspielen,
- Sie unterhalten eine starke emotionale Beziehung zum Kunden und erreichen dadurch mühelos Top-Abschlüsse, Empfehlungen und Wiederholungsgeschäfte,
- Sie erhalten aufgrund ihrer Kompetenz umfangreiche Aufträge und höchste Anerkennung,
- Sie strahlen einen unwiderstehlichen Optimismus aus und erreichen selbst da noch Verkaufserfolge, wo schwächere Verkäufer aufgeben.

Und wer noch nicht dieser Idealform des motivierten Verkäufers entspricht (oder die Vermutung hat, er könnte in dieser Richtung noch das eine oder andere lernen), der mag den neuen „Altmann“ lesen.

*Hans Christian Altmann: Motivation im Verkauf zahlt sich aus – Wie sich Verkäufer zu Spitzenergebnissen motivieren, ihre Kunden mitreißen und ihre Abschlüsse drastisch steigern, 337 Seiten, ISBN 3-478-24980-5, Mi-Verlag, Landsberg/Lech 2001, DM 59,00.*

## 12. Möllemann: Abitur nach 12 Jahren

NRW-FDP-Landeschef Jürgen W. Möllemann, früher auch Bundesbildungsminister, sieht die in NRW versuchten „Profilklassen“ als gescheitert an und fordert, das Abitur generell nach 12 Jahren zu ermöglichen. Dafür habe die FDP ein Modell für eine achtjährige Gymnasialzeit entwickelt. Danach sollen die Schüler ein Jahr früher als bisher mit der zweiten Fremdsprache beginnen und in der SEK I mehr Unterricht erhalten. Außerdem fordern die NRW-Liberalen eine weitgehende Reform der Gesamtschulen; diese dürften keine Oberstufe mehr haben und nach bestandener Mittelstufenprüfung mittlere Schulabschlüsse vergeben.

In NRW gibt es nur fünf Profilklassen mit 133 Schülern, die das beschleunigte Abitur erwerben wollen. Laut NRW-Bildungsministerium gibt es in rund zwei Drittel der Städte und Kreise die Möglichkeit, in Gruppen oder Profilklassen eine Jahrgangsstufe zu überspringen.

## 13. Online PR: Aber richtig

Das Internet bietet viele Möglichkeiten zur Unterstützung professioneller Unternehmenskommunikation, die weit über e-mail-Versandaktionen, Newsletter und Pressemitteilungen hinaus gehen. Zudem muß beachtet werden, dass zum Beispiel über Chat Rooms oder virtuelle Foren vermeintliche Empfänger selbst zu Sendern werden können und so Unternehmen die Steuerung der Öffentlichkeitsarbeit erschweren.

Das neue Buch Online-PR macht mit den Gesetzen, Strukturen und Potentialen webbasierter ÖA vertraut und zeigt unterstützt durch Checklisten, wie man das Internet sinnvoll für Unternehmens-PR nutzen kann.

Folgende Fragen werden behandelt:

- Was kann klassische PR im Webzeitalter leisten?
- Welche Instrumente stehen für Online-PR zur Verfügung?
- Wie werden sie optimal eingesetzt?
- Wie kann Online-PR in die Gesamtkommunikation eingebunden werden?
- Mit welchen Instrumenten werden Kunden zielgruppengenau angesprochen?
- Wie grenzt sich Online-PR von Direct Mailing und Permission Marketing ab?

Ein praktischer Wegbegleiter für alle Fragen der Online-PR liegt hiermit vor.

*Holger Iburg, Angelika Oplesch: Online-PR – Exakte Zielgruppenansprache, Interaktive Kundenkontakte, Innovative Kommunikationskonzepte, 288 Seiten, ISBN 3-478-24930-9, verlag moderne industrie, Landsberg/Lech 2001, DM 98,00.*

#### **14. BMBF – Noch nie so viele Haushaltsmittel**

Den größten Etat für Bildung und Forschung in der bundesdeutschen Geschichte kann die Führung des BMBF vermelden. 8,4 Mrd. €, also etwa 16,4 Mrd. DM stehen 2002 zur Verfügung. Im einzelnen aus einer Pressemitteilung des BMBF:

Die Bundesregierung erhöht zum vierten Mal in Folge die Investitionen in Bildung und Forschung. Das Gesamtvolumen des Bildungs-

und Forschungsetats beträgt im Jahr 2002 16,4 Mrd. DM (rd. 8,4 Mrd. Euro). Das ist gegenüber 2001 eine Steigerung von 2,7% und gegenüber 1998 eine Steigerung von 15,5%.

Wie notwendig mehr Qualifizierung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, sei an den Zahlen abzulesen: "Bei heute rund 1,5 Millionen offenen Stellen passen Angebot und Nachfrage ganz offensichtlich nicht zusammen", so Bulmahn. "Genau an diesem Punkt setzen unsere Qualifizierungsoffensive in der beruflichen Bildung und das Job-AQTIV-Gesetz an." Darüber hinaus bekämen in diesem Jahr alle Jugendlichen eine Lehrstelle angeboten. "Die Lehrstellenmisere in den Jahren der alten Regierung haben wir behoben! Dafür haben wir bisher insgesamt 6 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Auch in den Jahren 2002 und 2003 setzen wir das erfolgreiche Sofortprogramm weiter fort."

Bulmahn weiter: "Wir brauchen nicht nur auch mehr qualifizierte Fachkräfte in der beruflichen Bildung, wir brauchen mehr Hochschulabsolventen und Nachwuchswissenschaftler. Andere Industrieländer stehen vor der gleichen demografischen Herausforderung wie wir - hochqualifizierte Wissenschaftler und Studierende werden weltweit umworben. Deshalb machen wir unsere Hochschulen für junge Menschen wieder attraktiv." Als Beispiel aus dem BMBF-Etat hob die Ministerin die "Zukunftsinitiative Hochschule" hervor. Allein in dieser würden bis 2003 mehr als 1 Mrd. DM für die internationale Ausrichtung unserer Hochschulen, ihre Vernetzung und Ausstattung mit den Neuen Medien investiert.

"Bei der Forschungsförderung konzentrieren wir uns auf Zukunftsfelder", betonte die Ministerin. Mit dem neuen Gesundheitsforschungsprogramm, mit dem Aufbau eines "nationalen Genomforschungsnetzes" setze die Bundesregierung ein deutliches Signal für ein leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitswesen, für mehr Ursachenforschung, eine bessere Vorbeugung gegen Krankheiten und für neue Therapie- und Behandlungsmöglichkeiten.

In den Bereichen Nanotechnologie, Optische Technologien und Informations- und Kommunikationstechnologien werden im kommenden Jahr drei wichtige neue Programme in zu-

kunftsträchtigen Forschungsbereichen gestartet, von denen wichtige Impulse für die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze ausgehen werden. Die Bundesforschungsministerin betonte: "Was wir in der Biotechnologie seit 1998 geschafft haben, wollen wir in anderen Schlüsseltechnologien wiederholen. Wir sind heute führend in Europa. Wir sorgen für den notwendigen Schwung, um weltweit Spitzenpositionen zu besetzen."

Weitere wichtige Eckpunkte und Entwicklungen im Haushalt 2002 sind:

- Bildung und Forschung kommen ohne Internationalisierung nicht aus. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil ausländischer Studierender von 6% auf über 10% zu erhöhen und gleichzeitig die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland deutlich steigen zu lassen. Mit 63,5 Mio. EUR (über 124 Mio. DM) wird dieser Austausch von Ideen, Kreativität und kulturellem Reichtum finanziert. Dies sind 52% mehr als 1998 und 5,3% mehr als 2001. Hinzu kommt ein gezieltes Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland.

- Wie in den vergangenen Jahren stärkt die Bundesregierung die Innovationskraft der neuen Bundesländer. Über 1,5 Mrd. EUR (3 Mrd. DM) werden zu diesem Zweck verfügbar sein. Die Programme "InnoRegio" (500 Mio. DM) und "Innovative Regionale Wachstumskerne" mit mehr als 62 Mio. EUR (120 Mio. DM) sind ausschließlich für die neuen Länder konzipiert. Spezielle Ausbildungsprogramme ergänzen die Maßnahmen des BMBF für die neuen Bundesländer.

- Da die Projektförderung Effektivität und Effizienz der Forschung erhöht und gleichzeitig die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärkt, werden die Mittel hierfür in 2002 erneut überproportional steigen. Im Vergleich mit 1998 sind die Mittel hier um 43,7% gestiegen und liegen im Vergleich zu 2001 um 5,1% höher.

## 15. Merchandiser kompakt

Das Kompaktstudium "Merchandiser" gibt es jetzt auch berufsbegleitend. Die Akademie Dorfen hat es jetzt im September gestartet.

Die Zusatzausbildung für jeden, der bereits eine Weiterbildung im Handel (zum Beispiel Handelsfachwirt) oder in der Betriebswirtschaft absolviert hat und in Zukunft als "Bindeglied zwischen Industrie und Handel" tätig werden möchte, findet nun auch berufsbegleitend statt.

Schwerpunkte liegen auf

- Sozialer Kompetenz: Wie kommuniziert ein Merchandiser seine Ideen so, dass sie ankommen, und wie meistert er Konflikte?
- Betriebswirtschaftlicher Rentabilität: wie kann die zur Verfügung stehende Fläche so gestalterisch genutzt werden, dass sie die höchstmögliche Rendite - und damit den größtmöglichen Erfolg für Hersteller und Händler - erwirtschaftet?
- Selbstorganisation: Wie plant und organisiert der Merchandiser seine Arbeit möglichst rationell und stressfrei, wie setzt und realisiert er Unternehmensziele seiner Auftraggeber?

Weitere Infos: Akademie Dorfen, Telefon (0 80 81) 85 16, oder [www.akademie-dorfen.de](http://www.akademie-dorfen.de).

## 16. EU-Bildungspolitik bis 2010

Die EU-Bildungsminister haben Eckdaten für gemeinsames Arbeitsprogramm in der Bildungspolitik bis 2010 verabschiedet. Ziel ist, so der parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Wolf Michael Catenhusen „die Schaffung eines europäischen Bildungsraums“

Der EU-Bildungsministerrat hat auf seiner Sitzung am Donnerstag in Brüssel die Eckdaten für ein gemeinsames Arbeitsprogramm zur Verwirklichung von 13 bildungspolitischen Zielsetzungen bis 2010 verabschiedet. Das endgültige Arbeitsprogramm wird im März 2002 den europäischen Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Barcelona zur Billigung vorgelegt.

"Wir wollen die EU bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen. Dieses strategische Ziel setzt eine entsprechende Bildungsoffensive auf nationaler und europäischer Ebene voraus. Die Verabschiedung gemeinsamer Zielvorstellungen für die Bildungspolitik bis 2010 und die Er-

arbeitung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms bilden eine neue Stufe der bildungspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der EU. Sie sind von grundlegender Bedeutung für die Schaffung eines europäischen Bildungsraums", sagte Catenhusen.

Inhaltliche Schwerpunkte des Arbeitsprogramms sind die Erhöhung der Qualität und Wirksamkeit der Bildungssysteme der EU, der erleichterte Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle und die Öffnung der Bildungssysteme gegenüber der Welt. Die Handlungsziele reichen von der Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften über die Verwirklichung des Konzepts lebenslangen Lernens, die Steigerung der Investitionen in Humanressourcen bis hin zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und der Intensivierung von Mobilität und Austausch in Europa.

Catenhusen forderte im Bildungsministerrat die Kommission auf, die offene Koordinierung der Bildungspolitik in Europa so zu praktizieren, dass der Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger spürbar werde. Vorrang bei der europäischen Zusammenarbeit müsse auch in Zukunft die Verständigung über bildungspolitische Ziele und der Erfahrungsaustausch über bewährte Praktiken haben.

"Neben der Förderung der europäischen Dimension der Bildung geht es in der EU-Bildungszusammenarbeit zunehmend um den freundschaftlichen Wettbewerb der Bildungssysteme und um den Vergleich verschiedener Lösungsansätze für gleiche Bildungsziele", erklärte Catenhusen. "Freiwillige Annäherung und voneinander Lernen sind dabei ebenso notwendig und erwünscht wie mehr gemeinsame Orientierung an übergreifenden Zielen und die europäische Öffnung der nationalen Ausbildungssysteme in Europa".

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat anlässlich des 30jährigen Jubiläums des EU-Bildungsministerrats eine neue Broschüre veröffentlicht, die der Parlamentarische Staatssekretär vorstellte. Sie heißt "Europäischer Bildungsraum - Grenzenlos Lernen und Arbeiten" und kann hier als pdf-Datei (2,4 MB) heruntergeladen oder bei der Broschürenstelle des BMBF kostenlos bezogen werden.

Bestellungen an:  
Bundesministerium für Bildung und Forschung  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Postfach 30 02 35  
53182 Bonn

## 17. Berufliche Schulen: Konzentration auf Kernaufgaben erforderlich

Die Mitwirkung an der dualen Ausbildung hat für berufliche Schulen eindeutig Vorrang vor Weiterbildungsaktivitäten, sagen die im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (KWB) zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Wirtschaft in einer Erklärung zu Vorstellungen insbesondere der Länder, berufliche Schulen zu Kompetenzzentren ausbauen zu wollen.

Die beruflichen Schulen in Deutschland brauchen mehr Autonomie und Gestaltungsspielräume, um ihren jeweiligen gesetzlichen Auftrag besser erfüllen zu können. Eine Ausweitung des Aufgabenspektrums der beruflichen Schulen auf alle Aktivitätsfelder der beruflichen Weiterbildung würde dagegen vor allem zu Lasten der dualen Berufsausbildung gehen. Deshalb hält das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) die Forderungen nach einer Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu regionalen Kompetenzzentren weder für sachgerecht noch für notwendig.

Im Hinblick auf die von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) veranstaltete Fachtagung „Kompetenzzentren in regionalen Berufsbildungsnetzwerken – Rolle und Beitrag der beruflichen Schulen“ am 3./4. Dezember in Lübeck warnt das KWB vor einer problematischen Verwässerung der Kernaufgaben von Berufsschulen.

- Weiterbildung kann man nicht nebenher betreiben. Die in diesem Bereich notwendige Manpower und Qualität fehlt dann in der Berufsausbildung bzw. in den anderen Aufgabenbereichen. Angesichts eines sich abzeichnenden verschärften Berufsschullehrermangels würde es automatisch zu Verschiebungen zu Lasten der dualen Ausbildung kommen. Eine stärkere Inanspruchnahme der in den Schulen vorhandenen Ausstattung lässt sich problem-

los über Nutzungsvereinbarungen steuern. Ein eigenes Angebot der beruflichen Schulen ist daher nicht erforderlich.

- Weiterbildungsangebote der beruflichen Schulen führen zu einer Teilverstaatlichung der Weiterbildung, für die ein öffentliches Interesse nicht erkennbar ist. Der existierende Weiterbildungsmarkt mit einer hohen Trägerdichte und einer hohen Angebotsvielfalt ist von starkem Wettbewerb geprägt. Hier muss für staatliche Aktivitäten auch zukünftig das Subsidiaritätsprinzip gelten. Es ist in keiner Weise ersichtlich, welchen Vorteil staatliche Konkurrenz auf dem Weiterbildungsmarkt brächte.
- Private Weiterbildungsanbieter sehen sich einer unlauteren Konkurrenz gegenüber, wenn berufliche Schulen nicht alle tatsächlichen Kosten für ihre Weiterbildungsangebote in die Preise einbeziehen müssen. Selbst bei einer Kostenrechnung stellt sich die Frage, wer für eventuell entstehende Verluste aufkommen soll.
- Abzulehnen ist die im BLK-Papier angedachte Rolle der beruflichen Schulen als Koordinator zur Schaffung eines umfassenden regionalen Berufsbildungsnetzwerks. Es ist nicht ersichtlich, wie der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern hierdurch gestärkt werden kann. Eine Absprache des regionalen Angebots würde dagegen zu Lasten der nachfragenden Betriebe und Arbeitnehmer gehen.

Im Handwerk und auch in anderen Wirtschaftsbereichen sollten die beruflichen Schulen in das im Aufbau befindliche Netzwerk von Kompetenzzentren nach fachlichen und organisatorischen Gesichtspunkten eingebunden werden, um den Einsatz öffentlicher Mittel zu optimieren und mögliche Synergien auszuschöpfen. Auch mit Blick auf die demografische Entwicklung ist eine solche Integration notwendig.

## 18. Die neue Rhetorik

Reden halten vor Publikum bereitet selbst Vielerednern noch manches Mal Unbehagen. Dabei ist die Fähigkeit, Menschen im Gespräch und im Vortrag zu überzeugen, wichtiger denn je.

Matthias Pöhm zeigt in seinem neuen Buch eine komplett neue, moderne Art der Rhetorik: Redestrukturen, Übersichten am Anfang der Rede, eloquent geschliffene Ausdrucksformen, Begrüßungen, Zitate, Stilblüten usw... Alles Relikte aus vergangenen Tagen, sagt Pöhm. Redner müssten sich vielmehr als Entertainer begreifen. Rhetorik, wie sie jetzt verstanden werden sollte, habe ihr Vorbild in der Werbung: Sie ist spannend, unterhaltsam, knapp, bildorientiert und emotional.

*Matthias Pöhm: Vergessen Sie alles über Rhetorik, 222 Seiten, ISBN 3-478-73231-X, mvg-Verlag, Landsberg/Lech 2001, DM 39,80.*

## 19. Der Tipp für das Neue Jahr

„Es ist gut, wenn man die Zeichen der Zeit versteht, besser aber, wenn man keine Ahnung davon hat. Nur die Augenblicke der Zeitlosigkeit gewähren reinen Genuss am Dasein.“

(Richard Schaukal, österreichischer Schriftsteller, 1874 – 1942)

## 20. Das Zitat

Frage: „Warum brauchen die Wessis 13 Jahre bis zum Abitur, ein Jahr länger als die Osis?“

Antwort: „Weil ein Jahr Schauspielunterricht dabei ist!“

Regine Hildebrandt (†), bei der Verleihung des Fernsehpreises „Die Goldene Henne“ im Jahre 1997.

## 21. Termine

### 09. und 10. Januar 2002

Abschlusskongress des Forum Bildung, Ort: Berlin, Columbia-Halle, Infos unter [www.forumbildung.de](http://www.forumbildung.de).

### 05. bis 08. Februar 2002

LEARNTEC 2002 – 10. Europäischer Kongress und Fachmesse für Bildungs- und Informationstechnologie (mit Bildungskongress der Initiative D21 und dreitägigem „Global Forum on Learning Technology“ der UNESCO, Ort: Karlsruhe, Infos unter Fax: 0721/37202139 oder per e-mail unter [learntec@kka.de](mailto:learntec@kka.de) und im Netz unter [www.learntec.de](http://www.learntec.de).

### 22. bis 27. Februar 2002

EuroShop mit RETAIL TECHNOLOGY, Ort:  
Messe Düsseldorf; Info: [www.messe.de](http://www.messe.de).

**15. und 16. März 2002**

2. Abiturientenmesse „Einstieg Abi“, Ort: Köln,  
Info: Einstieg Event GmbH, Martin-Luther-Platz  
13-15, 50677 Köln, Fax: 0221/3980960;  
[www.einstieg-abi.de](http://www.einstieg-abi.de).

**13. und 14. September 2002**

2. Abiturientenmesse „Einstieg Abi“, Ort: Ber-  
lin, Info: Einstieg Event GmbH, Martin-Luther-  
Platz 13-15, 50677 Köln, Fax: 0221/3980960;  
[www.einstieg-abi.de](http://www.einstieg-abi.de).

**23. bis 25. Oktober 2002**

BIBB-Fachkongress 2002: "Berufsbildung in  
der Informations- und Wissensgesellschaft",  
Ort: Berlin

**02. bis 05. Dezember 2002**

8. Bayerischer Berufsbildungskongress mit  
Fachausstellung Aus- und Weiterbildung, Ort:  
Nürnberg, Infos beim Bayerischen Staatsmi-  
nisterium für Arbeit, Sozialordnung, Familie  
und Frauen ([www.bayern.de](http://www.bayern.de)).

**BMBF:****Sprachenlernen fördern:  
Zehn Thesen für ein Handlungskonzept  
(November 2001)**

Sprache ist das wichtigste Medium der zwischenmenschlichen Kommunikation und ein zentrales Element der Bildung. Sie vermag unterschiedliche Interessen auszugleichen und Gewalt zu vermeiden. Für Europa heißt das: Es ist wichtig, die Vielfalt der Sprachen als kulturellen Reichtum Europas anzuerkennen und die Sprachen der Nachbarn zu verstehen, um so gegenseitiges Verständnis und Verständigung zu ermöglichen. Voraussetzung ist die Offenheit und persönliche Bereitschaft des Einzelnen, eigenverantwortlich zu diesem Ziel beizutragen. In diesem Sinne ist Sprachenpolitik auch Friedenspolitik.

Im europäischen Kontext werden neben der Muttersprache Kenntnisse in zwei weiteren modernen Fremdsprachen als Mindestqualifikation für jeden zukünftigen Europabürger gefordert. Welche Sprachen und wie viele, mit welchen Inhalten und bis zu welchem Niveau gelernt werden sollen, hängt von den individuellen Möglichkeiten und den konkreten Anwendungssituationen ab, aber auch von den Rahmenbedingungen, die für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.

Sprachenlernen kann sich nicht nur auf die im institutionalisierten Bildungssystem verbrachte Lernzeit beschränken: Den vorliegenden Thesen für ein Handlungskonzept liegt daher die Überzeugung zugrunde, dass Sprachenlernen eine der wesentlichen Herausforderungen ist, die mit dem Auftrag des lebenslangen Lernens\* auf die Gesellschaft, auf die Bildungssysteme und auf den Einzelnen zukommen.

Die Thesen sind das Ergebnis eines einjährigen Diskussionsprozesses, in dem wichtige Ziele im Bereich des Fremdsprachenlernens von der Frühförderung bis zur Erwachsenenbildung zusammengetragen wurden. Bund, Länder und Gemeinden, Bildungseinrichtungen und Sozialpartner sowie Träger der Weiterbildung haben im Europäischen Jahr der Sprachen zahlreiche Initiativen und Maßnahmen gestartet und Konzepte entwickelt. Sie haben dadurch maßgeblich zum Erfolg des Jahres beigetragen. Es gilt, diesen Schwung für weitere konkrete Schritte zu nutzen. Diese 10 Thesen für ein Handlungskonzept sollen auf der Basis der Ziele und genannten Herausforderungen konkrete Maßnahmen für das Sprachenlernen in allen Bildungsbereichen unterstützen und strukturelle Änderungen im Sinne des Konzepts des lebenslangen Lernens fördern.

**I. Übergreifende Ziele**

Vorrangiges Ziel gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern, Sozialpartnern, Bildungsträgern ist die Förderung der Mehrsprachigkeit. Für Deutschland als Land mit Grenzen zu neun anderen europäischen Staaten sollen die Sprachen der Nachbarn Teil dieser Mehrsprachigkeit sein. Daneben soll die Förderung der Migrantensprachen sowie der Minderheitensprachen in Deutschland wie auch die Förderung weiterer außereuropäischer Weltsprachen stehen. Die Förderung von Mehrsprachigkeit schließt die Förderung der deutschen Sprache im In- und Ausland ein: Bund, Länder und freie Bildungsträger sollen sich gemeinsam der Förderung der deutschen Sprache widmen. Vermehrte Anstrengungen sind notwendig, um die deutsche Sprache auch in den europäischen Institutionen zu stärken.

**II. Informationspolitik**

Um das Sprachenlernen zu befördern, gilt es, den Bürgerinnen und Bürgern Wert und Nutzen des Fremdsprachenlernens für die persönliche und berufliche Entwicklung näher zu bringen. Hierzu bedarf es einer breit angelegten Informationspolitik und Werbung für das Sprachenlernen. Dazu sind erforderlich:

1. gemeinsame Anstrengungen auf europäischer Ebene von Ministerien, Hochschulen, Schulen, Elternverbänden, Sprachenlehrerorganisationen, Weiterbildungsträgern, Gewerkschaften und Unternehmern;
2. bedarfsgerechte Zielvereinbarungen auf der Ebene von Unternehmen, Ministerien, Hochschulen, Schulen, Bildungsverwaltung, Fachwissenschaft und Lernenden, um Partnerschaften vor Ort zu organisieren und Handlungsebenen für eine Zusammenarbeit zu definieren.

### III. Rahmenbedingungen

Für die Förderung des Sprachenlernens wie auch der allgemeinen Sprachkultur müssen geeignete Rahmenbedingungen und ein effektives System von Unterstützungsangeboten geschaffen werden. Um Sprachenlernen als lebenslanges Lernen zu verankern, müssen die einzelnen Bildungsbereiche miteinander verknüpft werden und die Sprachlernangebote aufeinander aufbauen. Dazu sind erforderlich:

1. Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Teilbereichen des Bildungssystems und der Erwachsenenbildung;
2. die Sozialpartner sollten gleichermaßen Verantwortung für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und deren politische Umsetzung tragen;
3. Herausstellen der Bedeutung interkultureller Kompetenz als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen;
4. Förderung des Deutschen im Inland (Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache) durch Integrationsmaßnahmen, frühzeitige Förderung in Kindergarten und Grundschule und begleitender Deutschunterricht im schulischen und außerschulischen Bereich;
5. Unterstützung zur Vermittlung der deutschen Sprache im Ausland als Teil der Förderung der Mehrsprachigkeit;
6. Vorbereitung der Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer in der Erstausbildung auf ein Institutionen übergreifendes Sprachenlernen; Schaffung eines Bewusstseins für den Sprachunterricht als ein Kontinuum, das in der Grundschule beginnt und über die Schulstufen und die nachschulische Ausbildung hinaus lebenslang andauert;
7. Strukturierung und Organisation der Qualifikationsangebote in Anlehnung an die Kriterien des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen;
8. Förderung der Mobilität von Lehrenden und Lernenden in Europa unter Ausnutzung der Bildungs- und Mobilitätsprogramme der Europäischen Union, um mehr Sprachunterricht von muttersprachlichen Lehrenden erteilen zu können;
9. Förderung der Akzeptanz internationaler Zertifikate und Diplome sowie von Abschlüssen nicht-schulischer Fremdsprachenkurse;
10. Anleitung zu selbstorganisiertem und selbstgesteuertem Lernen von Sprachen in allen Bereichen des Bildungssystems; Nutzung des Europäischen Portfolios der Sprachen;
11. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung wie die Entwicklung von Qualitätskriterien für Lernsoftware zur Schaffung von Markttransparenz;
12. Maßnahmen zur Evaluation des Fremdsprachenunterrichts und der Fremdsprachendidaktik.

### IV. Lehrerausbildung

Die Ausbildung der Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer muss ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Sprachunterricht eine europäische und internationale Aufgabe ist. Gemäß den veränderten Anforderungen an den Fremdsprachenunterricht in europäischer Dimension müssen neue Ansätze der Lehrerausbildung diskutiert und erprobt werden. Dazu sind erforderlich:

1. längerfristige Auslandsaufenthalte bzw. berufliche Tätigkeiten der Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer im Ausland als verpflichtender Bestandteil der Lehrerausbildung;
2. im Bereich des außerschulischen Fremdsprachenunterrichts die Entwicklung eines definierten und valorisierten Berufsbildes "Sprachenlehrer/in in der Erwachsenenbildung" und des Berufsbildes "Fremdsprachenlehrer/in an Hochschulen" und die Umsetzung entsprechender Ausbildungsangebote und Diplome;
3. Grundlegung einer Ausbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder\* in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung; Austausch von Ausbildern über längere Zeiträume;
4. Neuorientierung der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Angebote im Hinblick auf ihre Relevanz für den Lehrerberuf: Angebote zur Vermittlung grundlegender Einsichten in Abläufe zwischenmenschlicher Kommunikation, Vermittlung einer tragfähigen Theorie der Didaktik der interkulturellen Kommunikation, eine Didaktik und Methodik zur Vermittlung partieller Kompetenzen\* und die Vorbereitung auf die Didaktik und Methodik des bilingualen Unterrichts, Vermittlung von Methoden des selbstorganisierten Lernens einschließlich des Umgangs mit den neuen Medien und der aktuellen Computertechnologie.

#### **V. Allgemeine Schulbildung**

Kenntnisse in fremden Sprachen gehören zur Grundbildung aller Bürgerinnen und Bürger. Die laufenden Bemühungen um ein Konzept, das alle schulischen Fremdsprachen in ein vernünftiges Verhältnis zueinander setzt, müssen unterstützt werden. Dazu sind erforderlich:

1. Entwicklung einer Didaktik und Methodik für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule, die von den besonderen Gegebenheiten der Grundschule ausgeht und Grundsätze entwickelt, die aus dem normalen Grundschulunterricht erwachsen;
2. Förderung des Deutschunterrichts für Migrantenkinder im Kindergarten und Nutzung der Sprachen der Migrantenkinder mit dem Ziel, für Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit zu sensibilisieren;
3. curriculare Zusammenarbeit zwischen dem Fremdsprachenunterricht der Grundschule und dem der weiterführenden Schulen (Sek. I) und Nutzung des frühen Beginns des Fremdsprachenlernens für die Mehrsprachigkeit;
4. Förderung langfristiger sprachwissenschaftlicher und didaktischer Begleitforschung zu den verschiedenen Ansätzen des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule;
5. Diversifizierung des Fremdsprachenangebots und Zulassung unterschiedlicher Sprachenprofile im institutionellen Bildungssystem: Englisch muss Pflicht für alle sein; daneben muss es eine größere Freiheit bei der Wahl weiterer Sprachen geben bei gleichzeitiger Ermutigung zur Wahrnehmung eines breiteren Sprachenangebots; die Position der klassischen Sprachen im Fremdsprachenangebot muss neu bestimmt werden;
6. Verpflichtung zu Kompetenzen in zwei modernen Fremdsprachen für die höherwertigen Abschlüsse im allgemeinbildenden Schulwesen (Sek. II);
7. Angebote zur Vorbereitung auf internationale Sprachenprüfungen und Zertifikate;
8. Stärkung des bilingualen Unterrichts und Ausweitung auf andere Sprachen neben Englisch und Französisch wie auch auf weitere Fächer zur Intensivierung des Sprachenlernens; verstärkter Einsatz von Muttersprachlern im Sprachunterricht;
9. verstärkte Nutzung der Möglichkeiten des Tandem-Verfahrens (Klassentandem) und von Schulpartnerschaften, auch unter Einbeziehung der elektronischen Kommunikationsmedien (virtuelle, transnationale Klassen) zur Förderung der interkulturellen Kompetenz.

#### **VI. Berufsausbildung**

Im Rahmen der beruflichen Bildung sind durch die beiden Lernorte Schule und Betrieb die Möglichkeiten zum Erlernen von Fremdsprachen zu verbessern. Dazu sind erforderlich:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Zahl fremdsprachlich qualifizierter Berufsschullehrer, die über eine entsprechende Vermittlungskompetenz verfügen;
2. Entwicklung von berufsbezogenen fremdsprachlich-/fachsprachlichen Lernangeboten in Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sozialpartnern;
3. Förderung von Ausbildungsangeboten, in denen die Fremdsprachen als Arbeitssprachen genutzt werden;
4. Förderung von Auslandsaufenthalten (auch im Rahmen der EU-Bildungsprogramme), z. B. als Praktika oder während einer Berufsausbildung;
5. verstärkte Werbung für die Möglichkeiten, die der EUROPASS-Berufsbildung bietet.

### **VII. Berufliche Weiterbildung**

Sprachenkompetenz ist für Unternehmen und den Einzelnen ein strategischer Wettbewerbsfaktor und ein wichtiges Element der Personalentwicklung. Bedarfsgerecht sollten diese von den Beteiligten weiter entwickelt werden. Dazu sind erforderlich:

1. Herstellung und Ausbau von Transparenz über Nutzen und Angebote zum Erwerb von Fremdsprachenkompetenz;
2. Anreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch geeignete Angebote wie z. B. Nutzung von Weiterbildungsgutscheinen oder Lernzeitkonten;
3. Nutzung von Auslandskontakten der Unternehmen für Austausch von Auszubildenden, Ausbildern und Personalplanern; Nutzung der EU-Bildungsprogramme für den beruflichen Bereich;
4. Bedarfsorientierte Regelungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Teilnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an berufsbezogenen Sprachenfortbildungen;
5. Zusammenarbeit von Betrieben und Fachinstitutionen zur Ermittlung des Fremdsprachenbedarfs; Durchführung von Sprachen-Audits.

### **VIII. Hochschulbildung**

Die Hochschulen sollten die Studierenden zum Sprachenlernen ermutigen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Sprachkenntnisse fördern, insbesondere in den Studiengängen. Gegenüber ihren Studierenden sollten die Hochschulen klar zum Ausdruck bringen, welche Sprachkenntnisse bis zum Abschluss des Studiums nachzuweisen sind. Dazu sind erforderlich:

1. Förderung der Instrumentarien der Selbsteinschätzung;
2. Förderung der Mobilität von Studierenden und Hochschullehrerinnen/-lehrern;
3. Ausweitung fremdsprachiger Studienangebote und internationaler Studiengänge.
4. Ausbau der Möglichkeiten, Studienabschnitte, Semester und Praktika im Ausland zu absolvieren.

### **IX. Weiterbildung / Erwachsenenbildung**

Eine verstärkte Zusammenarbeit des allgemeinbildenden Schulwesens und der Berufsbildung mit den Einrichtungen der Weiterbildung und Erwachsenenbildung ist notwendig. Darüber hinaus bedarf es der Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der Weiterbildung und Erwachsenenbildung, d. h. konkret zwischen Volkshochschulen, Einrichtungen in freier Trägerschaft, Instituten der Sozialpartner und privaten Instituten. Dazu sind erforderlich:

1. Aufbau von Netzwerken vor Ort, damit ein Austausch der vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen in der Vermittlung von Sprachen und Kulturen stattfinden kann;

2. gemeinsame Nutzung von Ressourcen durch alle von der öffentlichen Hand geförderten Bildungsträger, Zusammenarbeit mit den Unternehmen vor Ort;
3. Förderung internationaler Netzwerke unter Nutzung der entsprechenden Bildungsprogramme der Europäischen Union;
4. Verbesserung der Abstimmung der Lehrpläne und Curricula zwischen Allgemeinbildung, Berufsbildung und Erwachsenenbildung, so dass zwischen den verschiedenen Angeboten bei Wahrung der Eigenständigkeit eine Korrespondenz entsteht; Kooperationen sollen insbesondere für die weniger gelernten und unterrichteten Sprachen genutzt werden;
5. bessere Nutzung der Sprachen und Kulturen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verbesserung und Bereicherung interkultureller Lernprozesse für alle Beteiligten.

## X. Nachhaltigkeit

Das Europäische Jahr der Sprachen muss über das Jahr 2001 hinaus genutzt werden: Informationen über gelungene und erfolgreiche Aktivitäten, Projekte und Maßnahmen, die das Fremdsprachenlernen nachhaltig und erfolgreich fördern, sollen im Rahmen einer intensivierten europäischen Zusammenarbeit ausgetauscht und gemeinsame europäische Projekte weiterentwickelt werden. Dazu sind erforderlich:

1. systematische Dokumentation und Analyse vorbildlicher Projekte bei der Entwicklung von innovativen Curricula, von Lehrplänen, Richtlinien, der Bestimmung von abgestuften Zielvorstellungen und Prüfungsanforderungen; hierzu Aufbau einer Datenbank vorbildlicher Projekte mit Unterstützung des BMBF;
2. Nutzung der Medien für die Darstellung vorbildlicher Projekte und deren Umsetzung in weiteren Zusammenhängen durch Personalisierung und durch Vor-Ort-Berichte;
3. Einbindung von Maßnahmen zur Förderung des Sprachenlernens in den Rahmen des lebenslangen Lernens, wie z. B. in die Überlegungen der Expertenkommission "Finanzierung lebenslangen Lernens", in das Förderprogramm "Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken" und das Forschungs- und Entwicklungsprogramm "Lernkultur - Kompetenzentwicklung".

## Glossar

Die Entwicklung des deutschen Begriffs **lebenslanges Lernen** ist verknüpft mit der internationalen Diskussion um die englischen Leitbegriffe "lifelong learning" / "lifelong education" und das französische Schlagwort "éducation permanente". Neben diesem Begriff wird im Deutschen gleichbedeutend auch der positiver klingende Begriff "lebensbegleitendes Lernen" verwendet. Mit beiden Schlagwörtern wird auf die Notwendigkeit verwiesen, auch außerhalb der traditionellen Bildungseinrichtungen ein Leben lang neues Wissen zu erwerben, um aktiv an der Gestaltung der sich immer rasanter wandelnden Gesellschaft mitwirken zu können.

Der **Gemeinsame europäische Referenzrahmen für Sprachen** (Common European Framework of Reference) dient dem Gesamtziel des Europarats, nämlich eine "größere Einheit unter seinen Mitgliedstaaten zu erreichen" und dieses Ziel "durch gemeinsame Schritte auf kulturellem Gebiet" zu verfolgen. Er stellt eine gemeinsame Basis dar für die Entwicklung von zielsprachlichen Lehrplänen, curricularen Richtlinien, Prüfungen, Lehrwerken usw. in ganz Europa. Der Referenzrahmen definiert auch Kompetenzniveaus, sodass jede und jeder Lernende seine Fortschritte lebenslang und auf jeder Stufe des Lernprozesses messen kann. Das **Konzept des Europäischen Portfolios der Sprachen** geht zurück auf eine Initiative des Europarates. Er wollte die Möglichkeit schaffen, über die Grenzen hinweg Sprachkenntnisse zu beschreiben und zu dokumentieren, um die Mehrsprachigkeit, die Kompetenzen in unterschiedlichen Sprachen, aber auch die Sprachkontakte und individuelle interkulturelle Erfahrungen von Sprachenlernenden transparent zu machen. Für das Führen des Sprachenportfolios sind die Lernenden selbst verantwortlich. Das Sprachenportfolio besteht aus drei Teilen: Sprachlernbiographie, Sprachenpass und Sprachendossier.

Der **EUROPASS-Berufsbildung** ist ein Informationsinstrument zur Verbesserung der Transparenz von in Auslandsaufenthalten erworbenen Qualifikationen. Er hat festgelegte Inhalte und eine einheitliche Gestaltung und gilt in allen Staaten der Europäischen Union. Er

steht nur für alle Formen dualer bzw. alternierender Berufsbildung (einschließlich solcher im Hochschulbereich) zur Verfügung.

**Ausbildung der Ausbilder:** Mit der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sind verschiedene Personengruppen befasst. Hierzu zählen: Hochschullehrer/innen, Fachleiter/innen und Ausbildungsseminarleiter/innen.

**Partielle Kompetenzen** sind Fertigkeiten wie Hörverstehen, Leseverstehen, an Gesprächen teilnehmen, zusammenhängendes Sprechen und Schreiben. Im Tandem-Verfahren arbeiten zwei Personen, Gruppen oder Schulklassen unterschiedlicher Muttersprache zusammen, um jeweils die Sprache des anderen zu erlernen. Neben der Möglichkeit der direkten Begegnung können auch alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden (e-mail, voice mail, chat, Telefon Videokonferenz).